

Der Kanzler über unsere Antwort an Wilson

ausgefochten wird, wie er auch bei uns öffentlich ausgefochten werden mußte. Auf der einen Seite erheben die Leute ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, wo sie ihre angesammelte Leidenschaft und ihren Haß auf den Boden unserer deutschen Heimat anbringen könnten. Auf der anderen Seite stehen die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes, denen klar ist, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht.

Dieser Grundgedanke ist: Ob irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchführung des Rechtes gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, ob nicht auf dem Wege der freiwilligen Uebereinkunft der Friede erhalten werden kann oder, auf die gegenwärtige Lage angewandt, erreicht werden kann. Dieser Kampf ist noch unentschieden. Wir kennen die feindlichen Gewalten, die gegeneinander stehen. Aber wir können nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der Streit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort endgültig Gewißheit bringen. Dagegen, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und Handlungen auf beide Möglichkeiten richten. Die erste Möglichkeit ist die, daß die feindlichen Regierungen den Krieg weiterführen wollen und uns dann keine Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Außerersten treibt. Wenn dieser Fall eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Einverständnis mit dem ganzen Volke das deutsche Volk zur nationalen Verteidigung aufrufen kann. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, hat auch die Pflicht, sich nicht kampflos dem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebhaftes Bravo!) Eine Regierung, die dafür kein Empfinden hätte, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden deutschen Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung hinweggefegt werden.

Aber wir müssen auch an die zweite Möglichkeit denken und die ganze Tragweite ermessen, der das deutsche Volk nicht blind zugeführt werden darf. Die Nation hat ein Recht darauf, die Frage zu stellen: wenn nun der Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustandekommt, was bedeutet dies für unser Leben und unsere Zukunft? Unsere Antwort auf die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt muß uns klar werden, was der Friedensschluß auf Grund der Wilsonschen Bedingungen für uns bedeutet. Für unsere nächste Zukunft gilt künftighin nicht mehr, was wir bestimmen, sondern was in freier Aussprache als Recht erkannt wird. Die Sätze, die wir als maßgebend für uns angenommen haben, betreffen auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes.

Meine Herren, mir ist entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Untermwerfung unter ein deutschlandfeindliches Tribunal bedeuten würde. Wenn dem so wäre, worum scheuen dann die extremen Machtpolitiker der Entente eine Aussprache darüber, warum fürchten sie sich vor dem Verhandlungszimmer, wie der Schuldige vor dem Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustandekommen, wenn nicht alle Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich durchringen.

Er verlangt die Aufgebung der unbedingten Selbständigkeit in innerpolitischen Fragen, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war und zwar von uns wie von den anderen Völkern. Das wird für unsere ganze Zukunft von Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung auch innerlich zu folgen vermögen. Wenn wir nicht innerlich folgen können, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung, dann bleibt das Gefühl der Demütigung in uns zurück. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sieg der Rechtsidee unserer eigenen Empfinden nicht widerstrebt, wenn wir ihn nicht mit innerem Vorbehalte annehmen, sondern ihn für uns voll anerkennen, so liegt darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und für die Aufgaben unserer Zukunft. Den Aufgaben dieser Zukunft wollen wir uns mit aller Sachlichkeit, allem Ernst und Gewissenhaftigkeit, die unser Volk stets ausgezeichnet haben, widmen.

Ich möchte an meine Worte erinnern, die ich am 15. Februar sagte: Der bloße Daseinstampf, wenn er allein steht, läßt große Kräftequellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbund gebanten als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe dieser Gedanke Wirklichkeit werden können.

Niemand kann heute sagen, ob es rasch oder langsam damit gehen wird. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges wie des Friedens nur gewachsen sein werden durch die volle Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von dem alten Wege bedeutet. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Damit bin ich dann zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung ebenfalls Rechenschaft geben will. Ich habe schon am 5. Oktober hier die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke. Von diesen Grundsätzen geleitet, habe ich im Zusammenarbeiten mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschland Freiheitliche Zustände herbeiführen sollen.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen gesichert ist. (Lebhaftes Bravo!) Dem Reichstage liegen weitere Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von dem Verfassungsrahmen befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf wird den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit geben, in die Reichsleitung einzutreten, ohne daß sie den Sitz in diesem Hause verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen Parlament und der obersten Regierungsbehörde so fest bleiben soll, wie es die gemeinsame Arbeit und das notwendige gegenseitige Vertrauen erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen nun auch Abgeordnete an der Leitung der Reichspolitik sich beteiligen dürfen, und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne daß sie zugleich ein Ressort erhalten müßten. Wir sind überzeugt, daß dieser neue Weg als außerordentlich wertvoll für die Handhabung bisher brachliegender Volkskräfte für Regierung und Parlament sich erweisen wird.

Im Zusammenhang damit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes gesichert werden soll. Man könnte nun bezweifeln, ob es der Bekräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da ja in Zukunft kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses nicht mehr hat. (Wichtig! in der Mitte.) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neuordnung des öffentlichen Lebens bekräftigt und verwirklicht wird, wie sie der Staatsgerichtshof darstellt, und ich hoffe, deshalb, dem Reichstage das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können.

Das neue System der Reichsregierung hat auch eine neue Regierung in den Reichslanden zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterchaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsass übernommen und ein Elsass auch ist Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es der Öffentlichkeit bald darlegen wird.

Der Entwurf, der die Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsart. Er will, daß der Reichstag als berufene Vertretung des Volkes bei der Entscheidung über wichtige Lebensfragen der ganzen Nation, bei der Frage über Krieg und Frieden das volle Recht der Mitbestimmung hat. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Präsident Fehrenbach zunächst mit, daß durch eine Vereinbarung aller Parteien die auf der heutigen Tagesordnung stehenden kurzen Anfragen abgesetzt worden sind. Weiter ist eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen worden. Der letzte Punkt, erste und zweite Lesung über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangszeit wird zunächst behandelt und auf Antrag des Abgeordneten Dove ohne Debatte der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen. Sodann wird der Punkt 1 und 2 der Tagesordnung auf Antrag des Präsidenten zusammengefaßt. Dieser betrifft die dem Hause vorliegenden Gesetzentwürfe über die Neuordnung im Innern. In der Generaldiskussion erteilt der Präsident zunächst das Wort dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden.

Die Rede des Kanzlers.

Der Reichskanzler führt aus: Seitdem ich zum ersten Male vor Ihnen über die Friedensaktion sprach, sind in Verfolgung der Aktion weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst hat Präsident Wilson auf unsere Note Anfragen an uns gerichtet, und unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren, das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden aber verstehen, daß ich mich hierzu nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, sich in der Debatte, dem Ernst der Stunde entsprechend, möglichste Beschränkung aufzuerlegen.

Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson zur Teilnahme an der Friedensbesprechung eingeladen worden. Diese Tatsache gibt den Neußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als das eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen, ob Rechtsfriede oder Gewaltfriede, auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um einen Gesinnungstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich